

Medienmitteilung

Davoser Parlament lehnt Steuersenkung per 2023 ab

An der Sitzung des Grossen Landrates von letztem Donnerstag wurde die im Januar 2022 durch die FDP eingereichte Motion zur Anpassung des Steuerfusses, gegen die Stimmen der geschlossenen FDP-Fraktion, als nicht erheblich erklärt. Es sei der falsche Zeitpunkt für eine Steuersenkung per 2023. Die Motion fordert nämlich eine Reduktion des Steuerfusses um vier Prozent von aktuell 103 auf 99 Prozent der einfachen Kantonssteuer, wirksam auf das Budget 2023. Dies mit dem Zweck die Davoser Privathaushalte wirtschaftlich zu entlasten und zur Attraktivitätssteigerung von Davos als Lebensort und Wirtschaftsstandort beizutragen.

Richtiger Zeitpunkt für eine Entlastung der Bevölkerung

Für die FDP ist aber der richtige Zeitpunkt für eine Entlastung der Davoser Privathaushalte jetzt gegeben. So hat die Pandemie der Bevölkerung einiges abverlangt, dies in sehr vielen Fällen auch wirtschaftlich. Die finanzielle Situation der Gemeinde präsentiert sich aber trotzdem gut. Die Pandemie ist zwar noch nicht vorbei, trotzdem weist vieles darauf hin, dass in Davos über ein um einiges besseres Jahresresultat 2021 berichtet werden kann, als dies prognostiziert wurde. So haben wieder viele Schweizer Gäste den Tourismus belebt und durch die Lockerungen kommen auch wieder vermehrt Touristen aus dem Ausland. Auch das Kongresswesen erfährt wieder einen Aufschwung. Dies alles hat zu sehr guten Umsätzen beigetragen. In Folge des Immobilienbooms mit den entsprechenden Wertsteigerungen, dürfte es bei den Liegenschaftssteuern zudem zu Mehreinnahmen von mindestens 2.3 Mio. Franken kommen. Für das laufende Budget 2022 ist ein Überschuss von 6 Mio. veranschlagt. Bestärkt wird diese gute Entwicklung auch durch die kürzlich publizierten Zahlen des Kantons Graubünden mit einem Überschuss von 134 Mio. Franken für das abgelaufene Jahr. Auch die FDP Graubünden ist bestrebt, die Steuerzahlenden auf kantonaler Ebene zu entlasten und hat dazu einen politischen Vorstoss eingereicht. Die durch die Steuersenkung bedingten Mindereinnahmen von 1.38 Mio. Franken sind für den Davoser Gemeindehaushalt durchaus verkraftbar. Mit einer klaren Priorisierung bei den Investitionsprozessen wird die Finanzierung von anstehenden und notwendigen Projekten dadurch auch nicht tangiert. Der Steuerfuss darf auch nicht an die Pandemie, angedachte Grossprojekte oder andere noch nicht entschlossene Investitionen gekoppelt werden.

Standortstärkung von Davos

Mit der geforderten Reduktion des Steuerfusses würden die Einkommens- und Vermögenssteuern um vier Prozent sinken. Ein attraktives Steuerklima fördert auch den Erhalt und Zuzug von Steuerzahlenden und stärkt so auch die Wirtschaft. Erlaubt sei dabei auch ein Blick auf den Steuerfuss anderer Gemeinden im Kanton wie Arosa (90 %), Flims (70 %), Klosters (90 %), Lenzerheide/Vaz/Obervaz (70 %), St. Moritz (60 %) und Chur (88 %). Auch wenn Vergleiche nicht immer 1:1 gemacht werden können, wird doch aufgezeigt, dass in Davos entsprechender Handlungsbedarf gegeben ist. Bereits im Finanzplan vom 19.11.2019 wurde eine Reduktion des Steuerfusses von vier Prozent ab 2023 in Erwägung gezogen und in der Planung ab 2023 auch berücksichtigt. In einem Interview in der Südostschweiz vom 13.11.20, anlässlich des Wahlkampfs für das Amt des Landammanns, führte der jetzige Amtsinhaber aus, nebst der Hochhaltung der Investitionsfähigkeit auch am Ziel des Rückgangs des Steuerfusses festhalten zu wollen.

Fazit

Aus den aufgeführten Gründen und auch mit Blick auf die geopolitischen Ereignisse, welche höhere finanzielle Belastungen (z.B. Rohstoffpreise) mit sich bringen, ist es nun der richtige Zeitpunkt für diese Steuersenkung. Nebst der wirtschaftlichen Entlastung wird auch ein positives Signal an die Menschen ausgesendet. Die FDP wird nun nach dem vorliegenden negativen Entscheid zu ihrer Motion, das weitere Vorgehen in ihren Parteigremien beraten.